

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Kultur und Bildung

2004/2099(ACI)

21.3.2006

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Kultur und Bildung

für den Haushaltsausschuss

zu dem Vorschlag zur Erneuerung der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens (KOM(2006)0036 – C6-0318/2005 – 2004/2099(ACI))

Verfasserin der Stellungnahme: Ruth Hieronymi

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Kultur und Bildung ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, wie wichtig es ist, aktive Maßnahmen der Europäischen Union in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Medien, Jugend, Kultur und aktive Bürgerschaft im Hinblick auf die Schaffung einer stärkeren politischen Identität für die Union und als klaren Mehrwert der Union für ihre Bürger zu fördern;
2. verweist auf die Bedeutung dieser Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Strategie und die damit zusammenhängenden in den nächsten Jahren anstehenden sozialen, wirtschaftlichen und entscheidenden politischen Herausforderungen; betont, dass die nächste Finanzielle Vorausschau angemessene Mittel zur Bewältigung dieser Herausforderungen umfassen muss;
3. unterstreicht, wie wichtig eine Verständigung auf Ausgabenobergrenzen im Einklang mit den Prioritäten und Programmstrukturen ist, die in den Mitentscheidungsverfahren für die Programme "Lebensbegleitendes Lernen", "Media", "Jugend" und "Kultur" festgelegt wurden, die bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht haben; macht geltend, dass derartige Fortschritte durch Kürzungen im Haushaltsplan sabotiert werden, die gravierende Risiken für die Wirksamkeit, Funktion, Verfahren und Umsetzung der Programme bedeuten;
4. begrüßt den Vorschlag der Kommission, die Hebelwirkung der EU-Mittel durch eine Verbesserung der Synergien zwischen dem EU-Haushalt und der Europäischen Investitionsbank zu steigern; betont die Beziehung zwischen Bildungs- und Ausbildungsprojekten und einer Finanzierung der Forschung sowie die Notwendigkeit, finanzielle Synergien zu erreichen, die sich auf erzieherische, kulturelle, audiovisuelle, institutionelle und territorial integrierte Systeme erstrecken, die Forschungs- und Innovationsmaßnahmen erleichtern;
5. verweist auf die von Parlament und Rat beschlossenen erheblichen Mittelaufstockungen für mehrere Haushaltslinien für Bildung, Ausbildung und Jugend im Haushaltsplan 2006;
6. verweist auf die unverzügliche Verwendung und sehr hohe Ausführungsrate der EU-Mittel in den Bereichen Bildung, Medien, Jugend und Kultur (d.h., dass diese Bereiche eine optimale Mittelverwendung aufweisen);

Rubrik 1a

7. betont, dass gemäß dem Vorschlag des Europäischen Rates vom 15./16. Dezember 2005 die Ausgaben für das Lebensbegleitende Lernen (in Rubrik 1a) erst 2009 wieder auf das Niveau von 2006 angehoben würden;
8. stellt fest, dass die Konsequenzen für das Programm Erasmus eine Reduzierung der Darlehen für die Mobilität von Studenten von 170 000 Euro 2006 auf 140 000 Euro jährlich für die kommenden Jahre bedeuten werden und dass eine Reihe wichtiger

Maßnahmen wie Darlehen für nicht mit einer Lehrtätigkeit befasstes Personal, langfristige Mobilität von Lehrern und besondere Mobilität für gemeinsame Masterstudiengänge eingestellt werden sollen;

9. stellt fest, dass die Zahl der Begünstigten des Programms Leonardo von 50 000 Personen 2006 auf 36 000 Personen jährlich in den nächsten Jahren sinken wird und dass die Zahl der in Partnerschaften im Rahmen des Programms Comenius einbezogenen begünstigten Schüler von der Vorgabe von 4 Millionen auf 2 Millionen zurückgehen wird; betont ferner, dass eine Reihe von Maßnahmen für erwachsene Schüler (Grundtvig) und die Unterstützung der Mehrsprachigkeit eingestellt werden soll;

Rubrik 3b

10. weist darauf hin, dass die mit dem Rat nach der ersten Lesung des Vorschlags für das Programm "Jugend in Aktion" im Parlament erzielte teilweise politische Einigung zwar zeigt, dass die Institutionen dabei sind, eine wichtige Vereinbarung zu erzielen, die dem Programm eine wirksame Struktur und Funktionsweise sichert, dass die vom Rat für Rubrik 3b vorgeschlagene Mittelausstattung allerdings eine Kürzung um 22% für Jugendaustausch und -projekte bedingen würde;
11. betont, dass der wichtige Schritt, mit dem Rat eine teilweise politische Einigung über den Vorschlag für das Programm "Media" zu erzielen, nicht durch Mittelkürzungen für das Programm untergraben werden sollte; macht geltend, dass dies den – mittels seiner Digitalisierungsverfahren – geleisteten strategischen Beitrag des Programms zur Stärkung des audiovisuellen Sektors und der Informationsgesellschaft sowie sein reibungsloses Funktionieren in einer Zeit sabotieren würde, in der sein Erfolg ständig zunimmt und von den beteiligten Parteien anerkannt wird; unterstreicht, dass eine Kürzung der Mittel geringere Gesamtinvestitionen in die europäische audiovisuelle Industrie bedeuten würde, insbesondere in den neuen und künftigen Mitgliedstaaten sowie in Ländern mit begrenzter audiovisueller Produktionskapazität; weist darauf hin, dass neun von zehn europäischen Filmen, die außerhalb ihres Produktionslandes vertrieben wurden, Unterstützung im Rahmen des Programms "Media" erhielten und dass die Anträge auf Unterstützung aus dem Programm "Media" in den vergangenen fünf Jahren um 120% zugenommen haben;
12. betont, dass die mit dem Rat nach der ersten Lesung des Vorschlags für das Programm Kultur 2007 im Parlament erzielte teilweise politische Einigung zwar ein adäquater Ausgangspunkt für eine EU-Politik ist, die den Erfordernissen der verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Bereiche Rechnung tragen kann, die den Kern der europäischen Identität, Reichhaltigkeit und Vielfalt ausmachen, dass der Haushaltsvorschlag des Rates allerdings eine Verringerung der Zahl der aus dem Programm Kultur 2007 unterstützten Projekte von 148 auf 100 bedeuten würde;
13. unterstreicht die Bedeutung des Programms "Bürger/innen für Europa", das nicht nur darauf abzielt, verschiedene Aktivitäten auf Ebene der Zivilgesellschaft unter Einbeziehung von Bürgern, Verbänden und lokalen Gebietskörperschaften zu fördern, sondern auch darauf, Gedenkstätten für Opfer totalitärer Regime des vergangenen Jahrhunderts zu unterstützen, ein wesentlicher Beitrag, um das Gedenken an die Tragödien lebendig zu halten, die die europäische Integration als ein Projekt des Friedens und der Stabilität inspiriert haben; betont, dass der Vorschlag des Rates den Umfang der

Unterstützung auf nur 800 der geplanten 1.300 Städtepartnerschaftsprojekte reduzieren könnte;

14. betont, wie wichtig es ist, in Rubrik 3 transparent angemessene Margen für innovative Maßnahmen festzulegen.

BEGRÜNDUNG

Die Verhandlungen über die Erneuerung der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin laufen. Sie sollten dem Europäischen Parlament Gelegenheit bieten, seine Vorrechte als Haushaltsbehörde und eine der mitgesetzgebenden Institutionen zu bekräftigen.

Der Kulturausschuss hat mit seiner Stellungnahme¹ bereits einen entschiedenen Standpunkt vertreten.

Der Rat erreichte am 15./16. Dezember 2005 eine Einigung über Ausgabenobergrenzen, die erheblich von dem vom Europäischen Parlament in seiner Entschließung² vertretenen Standpunkt abweichen. Das Mitentscheidungsverfahren für die Programme "Lebensbegleitendes Lernen", "Media", "Jugend in Aktion", "Kultur" und "Bürger/innen für Europa" steht daher nun auf dem Spiel.

In diesem Zusammenhang muss der Rat unbedingt aufgefordert werden, den Bürgern die Konsequenzen seiner Entscheidungen über die Haushaltsprioritäten für die nächsten Jahre zu erläutern.

¹ PE 350.226 vom 1.2.2005

² PE 368.274, B6-0049/2006

VERFAHREN

Titel	Vorschlag zur Erneuerung der Interinstitutionellen Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens
Verfahrensnummer	2006/0036(ACI)
Federführender Ausschuss	BUDG
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	CULT 27.10.2006
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum	
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Ruth Hieronymi 23.1.2006
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme:	
Prüfung im Ausschuss	23.2.2006
Datum der Annahme	21.3.2006
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 26 - : 1 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Maria Badia I Cutchet, Christopher Beazley, Ivo Belet, Giovanni Berlinguer, Guy Bono, Marie-Hélène Descamps, Claire Gibault, Vasco Graça Moura, Lissy Gröner, Luis Herrero-Tejedor, Ruth Hieronymi, Manolis Mavrommatis, Marianne Mikko, Ljudmila Novak, Doris Pack, Rolandas Pavilionis, Zdzisław Zbigniew Podkański, Christa Prets, Karin Resetarits, Nikolaos Sifunakis, Hannu Takkula, Helga Trüpel, Henri Weber, Thomas Wise
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Gyula Hegyi, Mario Mauro, Jaroslav Zvěřina
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)	...